

Europa, das sind wir

JUGENDCHECK 2019

Positionen der Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019

IMPRESSUM

Österreichische Kinder- und Jugendvertretung
ZVR-Zahl: 902252246

Der Verein ist die Geschäftsstelle der Bundesjugendvertretung (BJV).
Gem. § 10 Bundes-Jugendvertretungsgesetz (BGBl. 127/2000). Entsprechend den Bestimmungen des § 10 B-JVG wird die Arbeit der Bundesjugendvertretung vom Bundeskanzleramt Sektion V – Familien und Jugend unterstützt.

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser;
die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



Vorwort

Am **26. Mai 2019** findet die nächste Wahl des Europäischen Parlaments statt. Jugendthemen gehen im Wahlkampf oft unter. Darum gibt es die Kampagne Europa, das sind wir. Organisiert wird die Kampagne von der Bundesjugendvertretung, der überparteilichen Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich.

Mehr Informationen zur Bundesjugendvertretung findest du unter www.bjv.at

Wir wollen die Wahl für junge WählerInnen interessant und einfacher machen.
Denn: Nur wer wählen geht, bestimmt auch mit!

Wahlinfos

Damit du alle Informationen hast, die du zum Wählen brauchst, haben wir die wichtigsten Fakten zusammengetragen.

- **26. Mai 2019** – an diesem Tag findet in Österreich die EU-Wahl statt.
- Alle österreichischen StaatsbürgerInnen **ab 16 Jahren** dürfen wählen. Auch andere EU-BürgerInnen können in Österreich ab 16 Jahren wählen, wenn sie sich ins WählerInnen-Verzeichnis eingetragen haben.
- Du kannst im **Wahllokal** oder per **Briefwahl** wählen.

Im Wahllokal: Zum Wählen brauchst du einen Nachweis deiner Identität (Reisepass oder Personalausweis). Den Stimmzettel bekommst du von der Wahlkommission, die die Wahl kontrolliert und danach die Stimmen auszählt. Wo dein Wahllokal ist und wie lange es geöffnet hat, erfährst in der „Amtlichen Wahlinformation“, die du ca. 14 Tage vor der Wahl per Post bekommst. Wenn du in einem anderen Wahllokal in Österreich wählen willst, brauchst du eine Wahlkarte. Du musst deine Wahlkarte rechtzeitig vor der Wahl bei deiner Gemeinde beantragen und bekommst sie per Post zugeschickt. Achtung: Du darfst den in der Wahlkarte enthaltenen Stimmzettel erst im Wahllokal ausfüllen! Informier dich bitte bald, in welchem Wahllokal Wahlkarten angenommen werden. Alle Infos zu den Wahllokalen findest du hier: www.bmi.gv.at/wahlen

Per Briefwahl: Die Briefwahl ist im In- und im Ausland möglich. Dafür musst du rechtzeitig vor der Wahl eine Wahlkarte bei deiner Gemeinde beantragen. Du bekommst die Wahlkarte per Post zugeschickt. Achtung: Die Wahlkarte muss spätestens am 26. Mai 2019 bei der zuständigen Wahlbehörde eingelangt sein. Eine genaue Anleitung zum Wählen per Briefwahl findest du auf www.bjv.at/europa

- Deine **Stimme** ist gültig, wenn dein „WählerInnenwille“ eindeutig erkennbar ist. Am sichersten ist es, wenn du ein eindeutiges Zeichen (z.B. Kreuz) im Kreis deiner bevorzugten Partei machst. Zusätzlich zur Stimme für eine Partei kannst du auch eine Vorzugsstimme für einen Kandidaten oder eine Kandidatin der Partei, die du wählst, vergeben.



Warum wählen?

Du fragst dich, warum du wählen gehen sollst?
Dafür gibt es viele Gründe!

Wir haben die wichtigsten Argumente gesammelt.

- **Nur wer wählt, bestimmt mit!**
Überlass nicht anderen die Entscheidung, wer deine Interessen in der EU vertreten soll.
- **Weil es einen Unterschied macht!**
Du entscheidest mit deiner Stimme, welche Partei die stärkste Kraft im EU-Parlament wird und ihr Programm am besten umsetzen kann.
- **Weil du es kannst!**
Stell dir vor, es sind Wahlen und niemand geht hin!
Nur wenn du dich an Wahlen beteiligst, bist du Teil einer lebendigen Demokratie.

Jugendcheck

Jugendliche von heute sind die erste Generation, die in der EU aufgewachsen ist und gleichzeitig jene, die von den Entscheidungen heute am längsten betroffen sein wird. Daher muss die Meinung von Kindern und Jugendlichen schon jetzt berücksichtigt werden!

Was sagen die Parteien zu jugendrelevanten Themen?

Wir haben den Jugendcheck gemacht und die Positionen aller Parteien abgefragt.

Folgende Parteien haben mitgemacht:

1. Österreichische Volkspartei (ÖVP)
2. Sozialistische Partei Österreich (SPÖ)
3. Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ)
4. Grüne
5. Neos
6. 1Europa

Das sind die Themen des Jugendchecks im Überblick:

1. Nachhaltige Entwicklung
2. Arbeiten in Europa
3. Leben in Europa
4. Demokratie & Dialog
5. Medien & Netzpolitik
6. Die EU von morgen

1 Nachhaltige Entwicklung

Das sind die Vorschläge der Parteien für eine gemeinsame Klimapolitik und die Rolle der EU in der Umsetzung der UN Agenda 2030:

SPÖ

Vor allem die junge Generation hat das Recht, in einer intakten Umwelt zu leben. Deswegen gilt es bei der Klimaerhitzung endlich aufzuwachen! Es braucht starke Investitionen in fossilsfreie Energie sowie in modernen und günstigen öffentlichen Verkehr. Genauso muss die EU einen raschen Ausstieg aus der Kohle vorantreiben.

Grüne

Europa hat eine historische Verantwortung: Stichwort Kolonialismus, Ressourcenverbrauch, Ausbeutung des Globalen Südens. Im Interesse aller Menschen dieser Welt soll Europa sich zum Vorzeigekontinent in punkto Umwelt- und Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit entwickeln. Wir fordern: SDGs als Leitlinie und Priorität der EU-Politiken, rascher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe, rascher Übergang zu nachhaltiger Mobilität.

NEOS

Eine gemeinsame Europäische Klimapolitik, die Ziele des Pariser Abkommens ernst nehmen und dass die Nationalstaaten die entsprechenden Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren, bei der Energieeffizienz und bei der Emissionsreduktion einhalten. Eine europäisch einheitliche CO₂-Steuer bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit könnte hier einen Beitrag leisten und Innovation fördern, sowie auch ein Zusammenwachsen des Europäischen Strom- und Bahnnetzes.

ÖVP

Europa muss beim Klima- und Umweltschutz globaler Vorreiter sein. Wir setzen uns daher entschlossen dafür ein, dass bis spätestens 2050 der europäische Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Wir wollen somit raus aus Kohle- und Atomstrom und unseren Fokus auf den Ausbau erneuerbarer Energien setzen. Zudem setzen wir uns konsequent gegen Plastikverschmutzung ein. Dazu gehören etwa Verbote von Einwegplastik (Strohhalme, Plastikbesteck, etc.) wenn nachhaltige Alternativen verfügbar sind.

1EUROPA

Eine Gesellschaft schaffen, in der junge Menschen sich für die Umwelt engagieren sowie umweltbewusst und fähig sind, Veränderungen in ihrem alltäglichen Leben zu bewirken. Die internationale Zusammenarbeit verstärken, um umweltschädigende Produktion und umweltschädigenden Verbrauch zu beseitigen sowie die Forschung und Entwicklung umweltfreundlicher Technologien, insbesondere im öffentlichen Verkehr, ausweiten.

FPÖ

Nach unserem Ansinnen muss es sein, dass die künftigen Generationen in einer nachhaltigen und intakten Umwelt leben können. Österreich sollte hinsichtlich der Ernährung und Versorgung autark werden. Eine große Belastung der Umwelt ist die derzeitige europäische Agrarpolitik. Nur wenn regionale und heimische Betriebe gefördert werden, kann es zu einer nachhaltigen Agrar- und Umweltpolitik führen. Die Europäische Union sollte speziell Jungbauern unterstützen und fördern, damit diese überleben können.

2 Arbeiten in Europa

So sehen die Pläne der Parteien für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze für junge Menschen aus:

SPÖ

Die Ausbildung von jungen Menschen geht alle an! Deshalb setzen wir uns für eine Ausbildungsgarantie bis 25 ein, damit alle Jugendlichen eine Lehre machen können. Zur Finanzierung fordern wir einen Ausbildungsfonds, in denen jene Unternehmen einzahlen, die zu wenige oder keine Lehrstellen anbieten. Darüber hinaus braucht es Rechte, die vor Ausbeutung schützen: Anständige Mindestlöhne, Urlaubsanspruch, Sozialversicherung und Überstunden-Obergrenzen.

Grüne

Wir fordern eine klare Ausrichtung der EU-Mittel, die ausreichen, um sicheres und gesundes Aufwachsen in der Kindheit, gute Schulen, angemessene Kinderbetreuung, Spielplätze, Bibliotheken, eine gute Berufsausbildung und gute Universitäten zu finanzieren. Ärmere Mitgliedstaaten dürfen nie gezwungen werden, die Ausgaben für die Jugend zu kürzen. Außerdem setzen wir uns für eine Erweiterung des Erasmus+ Programms ein.

NEOS

Durch Forschung und Innovation schaffen wir zukunftstaugliche Jobs. So entstehen auch Impulse in Regionen Europas mit hoher Arbeitslosigkeit. Um diese Chancen zu nutzen, müssen wir im Bildungsbereich einiges verbessern. Das Erfolgsmodell der Lehrausbildung soll ein Vorbild für Europa sein, womit praxisnahe Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Abschlüsse sollen überall in Europa anerkannt sein, damit man dort arbeiten kann, wo man möchte.

ÖVP

Österreich blickt im internationalen Vergleich auf eine vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Grund dafür ist nicht zuletzt unser Erfolgsrezept der dualen Ausbildung, um das uns viele Länder beneiden. Damit wir in Zukunft noch mehr Jugendliche in Beschäftigung bringen, müssen wir die Veränderungen der Arbeitswelt bereits in der Ausbildung stärker berücksichtigen. Dabei gilt es vor allem die Lehre attraktiver zu machen, z.B. durch Fokus auf Digitalisierung.

FPÖ

Wir sprechen uns klar gegen eine Masseninvasion nach Europa aus. Unqualifizierte Billiglohnkräfte zerstören den Arbeitsmarkt. Der europäische Markt darf nicht durch jene geflutet werden. Arbeiten muss attraktiv sein, fair bezahlt werden und eine Ausbildung muss sich lohnen. Uns ist die Aufwertung der Lehre wichtig und von europäischer Seite die Förderung der Lehrstellen.

1EUROPA

Ziel muss sein, hochwertige Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen zu schaffen, die einerseits existenzsichernden Lohn und soziale Absicherung für alle jungen Menschen garantieren. Gleichzeitig gilt es, diskriminierungsfreie Chancengleichheit unter Einbeziehung von Kompetenzen, die durch Freiwilligenarbeit und non-formale Bildung erworben wurden, zu gewährleisten.

3 Leben in Europa

Diese Ideen haben die Parteien für mehr sozialen Zusammenhalt und das respektvolle Zusammenleben in Europa:

SPÖ

Immer mehr Rechtsextreme kommen in Europa an die Macht. In Österreich wird die Europäische Menschenrechtskonvention vom Innenminister in Frage gestellt und in Ungarn verfolgt Orban Obdachlose und erhöht die Anzahl an jährlich erlaubten Überstunden auf 400. Wir lehnen diese rassistische Politik der Spaltung ab. Die EU darf nicht zulassen, dass Demokratie und Grundrechte zerschlagen werden. Es braucht auch mehr Solidarität in Verteilungsfragen innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU.

Grüne

Wir sind für eine echte Sozialunion und eine wirksame Säule der sozialen Rechte: Eine Sozialunion würde sicherstellen, dass die Sozialpolitik nicht als weniger wichtig angesehen werden kann als die Wirtschaftsregeln, wie es bisher der Fall war. Die soziale Verantwortung der EU muss eine starke eigene Rechtsgrundlage erhalten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Förderung der Kohäsionspolitik und der Abbau regionaler Ungleichheit.

NEOS

In unserem Europa haben alle Menschen die gleichen Chancen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung. In vielen Staaten sind Grund- und Menschenrechte und damit auch der Minderheitenschutz in Gefahr. Wir wollen uns daher auf europäischer Ebene für Grund- und Menschenrechte einsetzen, um ein respektvolles Zusammenleben in Europa zu ermöglichen. Mitgliedstaaten, die diese Rechte verletzen, sollen sanktioniert werden.

ÖVP

Wir müssen EU-Begegnungs- und Mobilitätsprogramme für Schüler, Lehrlinge und Studenten (z.B. Erasmus+) intensiv fördern, um Mobilität und Austausch in Europa für jeden möglich zu machen, unabhängig von seinem finanziellen Hintergrund. Zudem gilt es das Bewusstsein für die Vielfalt Europas – auch im Sinne von andere Meinungen und Anschauungen – zu stärken. Klar ist aber, dass unsere Grundwerte respektiert werden müssen und nicht durch falsch verstandene Toleranz in Gefahr gebracht werden.

1EUROPA

Gesellschaftliche Inklusion für alle jungen Menschen ermöglichen und sicherstellen. (Infrastrukturelle) Bedingungen schaffen, unter denen junge Menschen in ländlichen Gebieten ihr Potenzial entfalten können. Die soziale Unterstützung stärken, indem das Recht auf einen existenzsichernden Mindestlohn ebenso verankert wird wie faire Arbeitsbedingungen und allgemeiner Zugang zu guter Gesundheitsversorgung.

FPÖ

Wir sehen das Leben in Europa, so wie wir es bis jetzt kennen, in Gefahr. Durch eine ungesteuerte Massenmigration, besonders von jungen Männern ohne einem Asylgrund, besteht die Gefahr, dass sich die Gesellschaft ins Negative verändert. Nur durch eine restriktive Abschiebepolitik aus Europa kann ein respektvolles Zusammenleben in Europa garantiert werden.

4 Demokratie & Dialog

Das ist die Vision der Parteien für mehr Beteiligung von jungen Menschen in der EU:

SPÖ

Junge Menschen müssen das Recht haben, ihre Vertretung auf allen Ebenen direkt zu wählen, sei es in der Schule, auf der Universität oder im Betrieb. Zudem sollen alle Jugendlichen in Europa mit 16 Jahren das passive Wahlrecht ausüben können. Weiters braucht es eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und den Ausbau von Beteiligungsprozessen. Junge EuropäerInnen müssen die Möglichkeit haben, selbst mitzugestalten und ihre Ideen einzubringen, dafür müssen sie auch im Europäischen Parlament in ihrer Vielfalt vertreten sein.

NEOS

Wir fordern die Einberufung eines Europäischen Konvents mit breiter Bürger_innenbeteiligung – vor allem der Jugend. Aus der Bevölkerung ausgewählte Bürger_innen sollen gemeinsam mit Experten beraten, wie die EU in Zukunft aussehen soll. Auch darf der Regierungschef der EU nicht mehr in Hinterzimmern bestimmt werden – wir wollen, dass der Kommissionspräsident direkt von den Bürger_innen gewählt wird!

Grüne

Um die Idee eines gemeinsamen Europas zu verwirklichen, muss die EU für alle BürgerInnen persönlich erfahrbar sein. Wir wollen mehr Geld aus dem EU-Haushalt für das Erasmus-Programm, den Europäischen Freiwilligendienst und das Europäische Solidaritätskorps. Die Grünen wollen das Budget für ERASMUS um das Vierfache auf 80 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre aufstocken. Zudem sollen JugendvertreterInnen auf jedem EU-Gipfel mit dabei sein.

1EUROPA

Das Gefühl fördern, dass die Jugend Teil des europäischen Projekts ist, sowie Brücken zwischen der EU und jungen Menschen schlagen, um Vertrauen zurückzugewinnen und die Beteiligung zu erhöhen. In allen Phasen der Entscheidungsfindung in der EU sollen die wirkungsvolle Beteiligung und der Dialog mit der Jugend sichergestellt werden. Ebenso sollen bestehende Beteiligungsmechanismen verbessert und neue geschaffen werden.

ÖVP

Wir müssen junge Menschen aktiv in die Entwicklung der EU-Jugendpolitik einbeziehen. Entsprechende Projekte, wie der EU-Jugenddialog, sind daher zu stärken. Zudem sollen die Interessen junger Menschen und deren Lebensrealitäten in der EU-Jugendpolitik stärker berücksichtigt werden. Dazu werden wir die europäischen Jugendziele (Youth-Goals) rasch vorantreiben und in die österreichische Jugendstrategie aufnehmen. Wir freuen uns auch, dass bei unserer Bewegung sehr viele junge Menschen mitmachen und etwas weiterbringen wollen.

FPÖ

Die FPÖ ist ganz klar gegen einen zentralistischen Staatenbund wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Die souveränen Staaten sollen gestärkt werden mit einer direktdemokratischen Legitimation. Die Jugend ist nicht „politikmüde“, sondern hat es satt den Brüsseler Beamten zuzuschauen, die keine demokratische Legitimation haben. Wir fordern mehr Entscheidungskraft für die direkt gewählten europäischen Abgeordneten und weniger Brüsseler Beamtentum.

5 Medien & Netzpolitik

So lauten die Standpunkte der Parteien zur Förderung von Medien mit europäischer Ausrichtung, zu Informationspolitik und zur Gestaltung des Urheberrechts:

SPÖ

Die persönlichen Rechte des Einzelnen müssen auch im neuen Medienzeitalter sichergestellt sein. Außerdem begreifen wir freies Internet als notwendig für gesellschaftliche Teilhabe. Große Medien wie Facebook und YouTube sollen für ihre redaktionell gestalteten Inhalte verantwortlich gemacht werden können. Wir lehnen den momentanen Vorschlag zu den Uploadfiltern ab. Darüber hinaus bekennen wir uns zu öffentlich-rechtlichen Medien, die einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

NEOS

Russland hat bereits mehrmals versucht, in europäischen Staaten demokratiegefährdende Propaganda via social media zu vertreiben. Es ist daher wichtig, in die Medienkompetenz der Bürger_innen zu investieren, um ihre Manipulierbarkeit zu verhindern. Die derzeit vorgeschlagene Einführung von Uploadfiltern und der Linksteuer halten wir für eine Fehlentwicklung. Wir werden daher im Europaparlament gegen die Einführung solcher Maßnahmen stimmen.

Grüne

Das Internet gehört uns allen. Wir lehnen die Urheberrechtsrichtlinie, inkl. Uploadfilter und Leistungslizenzen, ab. Diese Richtlinie gefährdet das freie Internet, unsere Meinungsfreiheit und kleine Plattformen. Fake News und Desinformation kann nur durch unabhängigen und ausfinanzierten Investigativjournalismus bekämpft werden. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen die Rahmenbedingungen und die Finanzierung bereitstellen.

1EUROPA

Es gilt besseren Zugang zu verlässlicher Information sicherzustellen und die Fähigkeit junger Menschen zu stärken, Informationen kritisch zu bewerten – der Umgang mit Hetze und Diskriminierung im Netz muss vermittelt werden. Die Urheberrechtsreform und der Einsatz von Uploadfiltern ist in seiner derzeit diskutierten Form abzulehnen. Es braucht eine faire Lösung, bei der auch einzelne, „kleine“ Künstler*innen Ihre Rechte abgeholten bekommen.

ÖVP

Wir müssen sicherstellen, dass es auch in Zukunft österreichische Identität und österr. Inhalte in den Medien, insb. auch im digitalen Raum, gibt. Dabei spielt der öffentlich rechtliche Rundfunk eine wichtige Rolle. Gleichzeitig gilt für uns der Grundsatz: Eigentum muss auch im digitalen Raum Eigentum bleiben. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Vor allem große Plattformen wie Google, Facebook & Co. müssen verstärkt in die Verantwortung genommen werden.

FPÖ

Medien sollten nach ihrer unabhängigen Qualität beurteilt werden und nicht nach ihrer Propagandatreue gegenüber Brüssel oder anderen Institutionen, die ihren Auftrag als Meinungsbildner etwas zu ernst nehmen.

6 Die EU von morgen

Das sind die Antworten der Parteien auf die wichtigsten Chancen und Herausforderungen für die EU:

SPÖ

Während in der EU in den letzten Jahren oftmals Kürzungspolitik betrieben und die Rechte von ArbeitnehmerInnen angegriffen wurden, ging die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Wir wollen eine EU, in der Menschen im Mittelpunkt stehen, nicht die Profite. Dazu gilt es endlich gegen Steuervermeidung von Konzernen vorzugehen und einen gerechten Steuerbeitrag von Superreichen einzufordern.

Grüne

Wir sind überzeugte VerfechterInnen des europäischen Projekts als Ort des Friedens und Zusammenarbeit. Nur die EU kann zu einer globalen Kraft für Frieden und Menschenrechte werden, die Verbraucherrechte der BürgerInnen schützen, Steuergerechtigkeit garantieren. Wir müssen das Vertrauen der BürgerInnen in das europäische Projekt wiederherstellen. Wir fordern eine Aufwertung des Europaparlaments, der einzigen direkt gewählten EU-Institution.

NEOS

Ob es Fragen der gerechten, ökologischen Unternehmensbesteuerung sind oder die Außenpolitik betrifft - viele Probleme der EU resultieren aus der Tatsache, dass ein einzelner Mitgliedstaat viele Entscheidungen in der EU mit einem Veto blockieren kann. Wir wollen daher die Einstimmigkeit in den erwähnten Bereichen abschaffen. Zudem wollen wir die Digitalisierung fördern, das Steuersystem ökologisieren, die Agrarpolitik reformieren und, und, und! Viele weitere Vorschläge kann man in unserem Programm nachlesen!

1EUROPA

Die Einführung des Initiativrechts für Gesetzesvorschläge des Europäischen Parlaments. Stärkere Kontrolle der EU-Institutionen durch EU-Parlament, EU-Rechnungshof. Einen Raum der sozialen Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität schaffen und die Mittel für Bildung und Mobilität deutlich ausbauen. Die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung und einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik.

ÖVP

Wir möchten ein besseres Europa, das die Anliegen, Wünsche und Stimmungen in der Bevölkerung kennt und ernst nimmt. Europa muss in den großen Fragen – wie die Sicherung der EU-Außengrenzen – Lösungskompetenz beweisen, sich aber zurücknehmen, wo es national und regional bessere Lösungen gibt. Und wir wollen ein innovatives Europa, das unseren Standort zukunftsfit macht und das unsere Stimme in der Welt ist und selbstbewusst als globaler Player auf der internationalen Bühne auftritt.

FPÖ

Weniger Europa ist mehr Europa. Die Europäische Union soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dafür wurde sie geschaffen. Europa ist ein Kontinent von starken, unabhängigen Staaten, die in wichtigen Aufgaben zusammenarbeiten sollen. Jedoch ist es mehr als wichtig und nötig, eine gewisse Entscheidungshoheit im eigenen Land zu zurückzuholen und diese zu behalten.

Jugendpolitisches EU-Programm

Die Bundesjugendvertretung hat im September 2018 die aktuelle Kampagne „Europa, das sind wir“ gestartet. Als gesetzlich verankerte Interessenvertretung nimmt die BJV die Anliegen von jungen Menschen in den Fokus und will durch die Kampagne informieren und das Bewusstsein für das Thema Europa wecken sowie den Anliegen von Kindern und Jugendlichen Gehör verschaffen.

Wir wollten wissen: **Was erwarten sich junge Menschen von der Zukunft Europas?** Daher ist die BJV durch ganz Österreich getourt, um mit Jugendlichen und PolitikerInnen zu diskutieren, was jungen Menschen am Herzen liegt, wenn es um die EU geht.

Aus dem Paket an gesammelten Meinungen, Ideen und Visionen wurde ein Jugendpolitisches EU-Programm erstellt, das allen Parteien überreicht wurde.

Die Gespräche haben gezeigt, Jugendliche interessieren sich für Europa und wollen mitbestimmen! Oft fehlt es allerdings an Informationen und guten Rahmenbedingungen.

Das gesamte Jugendpolitische EU-Programm findest du auf www.bjv.at/europa

Wie wichtig ist dir, Einfluss auf Entscheidungen zu haben, die dich und deine nächste Umgebung betreffen?

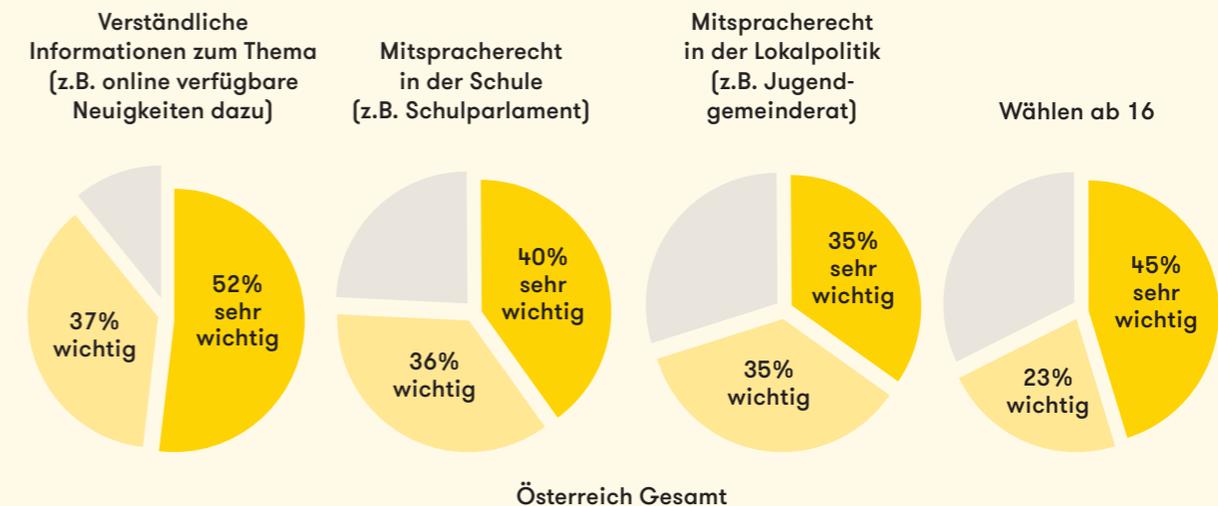
Österreich Gesamt



Europa Gesamt



Welche Voraussetzungen sind für dich wichtig, um dich an politischen Themen zu beteiligen?



Jugenddialog

Zu einer lebendigen Demokratie gehört mehr, als alle vier bis fünf Jahre wählen zu gehen. Um Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu stärken, gibt es den **EU-Jugenddialog**. Der Jugenddialog ist ein offener Beteiligungsprozess, bei dem sich Jugendliche auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene mit EntscheidungsträgerInnen austauschen können und **gemeinsam an Lösungen** für bestehende Probleme arbeiten.

In der letzten Beteiligungsrunde haben in ganz Europa mehr als **50.000 Jugendliche** mitgemacht! Entstanden sind dabei die Europäischen Jugendziele, die **EU Youth Goals**. Mit dem EU-Jugenddialog wollen wir nun gemeinsam daran arbeiten, die Youth Goals umzusetzen.

www.jugenddialog.at

EU Youth Goals



1. CONNECTING EU WITH YOUTH



2. EQUALITY OF ALL GENDERS



3. INCLUSIVE SOCIETIES



4. INFORMATION & CONSTRUCTIVE DIALOGUE



5. MENTAL HEALTH & WELLBEING



6. MOVING RURAL YOUTH FORWARD



7. QUALITY EMPLOYMENT FOR ALL



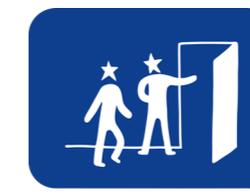
8. QUALITY LEARNING



9. SPACE AND PARTICIPATION FOR ALL



10. SUSTAINABLE GREEN EUROPE



11. YOUTH ORGANISATIONS & EUROPEAN PROGRAMMES



Du hast die Wahl:

EU-Wahl
26. Mai 2019

www.bjv.at/europa